



Antrag

des Abgeordneten **Jan Schiffers AfD**

Betrieb des ANKER-Zentrums Bamberg vereinbarungsgemäß einstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich an die bestehenden Vereinbarungen der gemeinsamen Erklärung des Freistaates Bayern und der Stadt Bamberg vom 14.08.2015 zu halten und den Betrieb der Aufnahmeeinrichtung Oberfranken, vormals Ankunfts- und Rückführungseinrichtung, zum Ende des Jahres 2025 endgültig einzustellen.

Begründung:

Gemäß Vereinbarung in der Gemeinsamen Erklärung des Freistaates Bayern und der Stadt Bamberg vom 14.08.2015 ist die Aufnahme- und Rückführungseinrichtung, die seit dem 01.08.2018 als ANKER-Zentrum fungiert und mittlerweile den Titel Aufnahmeeinrichtung Oberfranken (AEO) trägt, auf maximal 10 Jahre befristet. Das unwiderrufliche Ende der Einrichtung ist mit Ablauf des Jahres 2025 verbindlich fixiert.

Entgegen dieser eindeutigen Vereinbarung hat Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann wiederholt das festgelegte Ende der Einrichtung in Zweifel gezogen. So äußerte Staatsministerin Joachim Herrmann, dass Ende des Betriebs des ANKER-Zentrums sei „nicht in Stein gemeißelt“.

Auf eine Anfrage zum Plenum zur Plenarsitzung am 27.09.2022 antwortete die Staatsregierung:

„Zum jetzigen Zeitpunkt können angesichts der derzeitigen Entwicklung der Zugangszahlen keine verbindlichen Aussagen betreffend etwaiger Planungen für die Zeit nach dem Jahr 2025 getroffen werden.“

Das vertraglich vereinbarte Ende des Betriebs der Einrichtung wird also offen in Frage gestellt. Damit braucht es zwingend eines Beschlusses des Landtags, um die Einhaltung der Vereinbarung einzufordern.

Es wäre ein fatales Zeichen an die Bürger, wenn sich herausstellen sollte, dass der Freistaat sich nicht an die schriftliche Vereinbarung und die eigene Zusage hält. Das Vertrauen in die Politik würde großen Schaden nehmen. Darüber hinaus ist die Einstellung des Betriebs der AEO zum vereinbarten Datum wesentlich für die weitere positive Stadtentwicklung der Stadt Bamberg. Um Planungssicherheit zu haben, ist es im Hinblick auf die unklare Haltung der Staatsregierung erforderlich, jetzt für Klarheit zu sorgen und einen entsprechenden Beschluss herbeizuführen.